



Bullinger: Ehrenamtliche Naturschützer haben viel Sachverstand

Änderung des Fischerei-Gesetzes: Staat soll sich auf Kontrolle beschränken - In der Landtagsdebatte über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Fischereigesetzes sagte der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Friedrich Bullinger:

„Dem Gesetzentwurf wurde im Landwirtschaftsausschuss einstimmig von allen Fraktionen zugestimmt. Was ich bei den Jägern bewährt hat, wird sich in ähnlicher Weise auch bei den Fischereiverbänden bewähren. Als ich mich vor 42 Jahren als 13-Jähriger auf die Fischereiprüfung vorbereitete, hatte ich damals schon bei Theorie und Praxis hervorragende Ausbilder und Dozenten mit viel Sachverstand. Schon damals waren diese ehrenamtlich und beauftragt die Vorbereitung zur Fischerprüfung durchzuführen. Es waren also keine staatlichen Angestellten und auch keine Beamten. Übertragen wir also diesen verantwortlichen Naturschützern und Gewässerpflegern die Verantwortung und beschränken uns von staatlicher Seite auf die Kontrolle einer korrekten Umsetzung. Als Liberaler will ich einen schlanken Staat. Als Liberaler will ich aber auch einen starken und konsequenten Staat. Erlauben Sie mir die Anmerkung, ein solcher Staat täte gut daran, im Sinne einer sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft im Kartellrecht und bei der Bankenaufsicht bis hin in die globalen Märkte mehr staatliche Verantwortung zu zeigen. Ziel muss sein, nur so viel Staat wie notwendig, und möglichst viel privat und ehrenamtlich. Genau dorthin führt das vorgelegte Gesetz.“ Ich bin sicher, dass die Fischereiorganisationen die ihnen übertragenen Aufgaben umsetzen werden, so wie dies auch die Landesjägerorganisationen hervorragend tun. In diesem Sinne Petri Heil und Zustimmung zu dem Gesetz.“